

INHALT

1. **Schwerpunkt Bildung und Wissen**
2. **Daten zum schweizerischen Bildungssystem**
 - 2.1 Volksschule
Bildungsstandards und Harnos
 - 2.2 Berufs- und Weiterbildung
 - 2.3 Tertiärbildung und Forschung
 - 2.4 Illetrismus (Leseschwäche)
3. **Bildungsgerechtigkeit und schulische Selektion**
 - 3.1 Schützt Aufwärtsqualifizierung vor Ausschluss?
4. **Die Vermarktlichung des Wissens**
5. **Zur politischen Ökonomie der „Wissensgesellschaft“**
6. **Verschiedenes**

1. Schwerpunkt Bildung und Wissen

Liebes Denknetz-Mitglied, sehr geehrte LeserInnen

„In einer zukunftsorientierten demokratischen Gesellschaft kommt der Bildung eine ausserordentlich hohe Bedeutung für die Weiterentwicklung aller Lebensbereiche zu. Sie hat für die soziale Integration eine ebenso herausragende Bedeutung wie für die demokratische Kultur und die wirtschaftliche Prosperität. Der breiten Förderung und gerechten Verteilung dieses Schlüsselgutes muss Sorge getragen werden.“

Welchem Parteiprogramm, welcher Studie ist dieses Zitat wohl entnommen? Gar nicht so einfach, beim Thema „Bildung“ den Überblick zu behalten. Mehr, bessere und gerechter zugängliche Bildung zu fordern gehört heute zum guten Ton, auch und gerade in der Schweiz, von der es heisst, allein schon ihr Mangel an Rohstoffen verlangt es, „Wissensgesellschaft“ zu sein. Der aktuelle Denknetz Infobrief versucht einige Aspekte der aktuellen bildungspolitischen Debatten sowie der Diskussion um die „Wissensgesellschaft“ zugespitzt darzustellen. Wie immer wird dabei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, sondern zur vertiefenden Beschäftigung angeregt. Ein besonderes Dankeschön geht an **Peter Sigerist**, Zentralsekretär Ressort Bildung beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, für die vielen Hinweise.

2. Daten zum Schweizer Bildungssystem

Ungeachtet seiner politischen Implikationen liefert der Artikel **Das Schweizer Bildungssystem** eine gute Übersicht aller wichtigen Daten über das Schweizer

Bildungssystem sowie die Essentials der PISA-Studien zur Schweiz.



www.vernunftschiweiz.ch/docs/Bildungssystem_CH_PISA.pdf

Die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (**SKBF**) hat 2006 im Auftrag von Bund und Kantonen die Pilotfassung des ab sofort alle 4 Jahre erscheinenden **Bildungsberichts** verfasst. Dieses Instrument soll „Daten und Informationen aus Statistik, Forschung und Verwaltung zum gesamten Bildungswesen der Schweiz von der Vorschule bis zur Weiterbildung“ vermitteln und „die Leistungen des Bildungswesens anhand der drei Kriterien Effektivität, Effizienz und Equity (Chancengerechtigkeit)“ beurteilen.



<http://www.skbf-csre.ch/19.0.html>

2.1 Volksschule

Silvia Grossenbacher und Urs Vögeli-Mantovani fragen im Zusammenhang mit dem neuen Bildungsbericht inwieweit die Volksschule ihrem Auftrag, wirksam und gerecht zu sein, heute nachkommen kann.



http://www.skbf-csre.ch/fileadmin/files/pdf/bildungsmonitoring/BildungSchweiz1_2007A.pdf

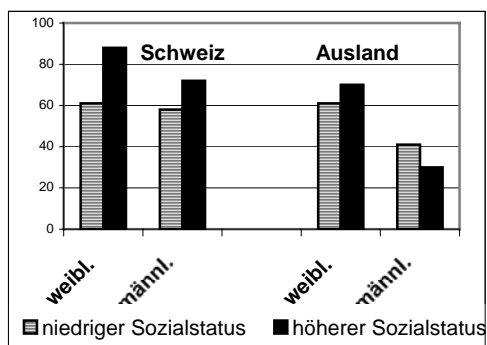


Dieses Symbol verweist auf einen Text, der innerhalb des PDF Formats per Mausklick abgerufen werden kann.

Impressum: Der Infobrief erscheint ca. alle 3 Monate. Ältere Ausgaben sind auf der Homepage abrufbar. Kontakt: <mailto:newsletter@denknetz-online.ch>

Aus Sicht der Autoren besteht das Hauptproblem in einer im Vergleich zum OECD Durchschnitt zu grossen Koppelung der Übertrittsselektion von der Primar- zur Sekundarstufe an die soziale Herkunft. Gemäss den Daten, die dem Bildungsbericht zugrunde liegen, ist die Chance auf eine Zuweisung auf einen Schultyp mit höheren Ansprüchen stark vom Sozialstatus der Herkunftsfamilie abhängig (vgl. Grafik).

Wahrscheinlichkeit einer Übertrittsempfehlung für die Sekundarstufe I mit erweiterten Ansprüchen



Lebebeispiel. Die Wahrscheinlichkeit einer Übertrittsempfehlung für die Sekundarstufe mit erweiterten Ansprüchen bei gleicher durchschnittlicher Leistung liegt in der Schweiz bei Mädchen mit höherem Sozialstatus bei 88 %, bei Mädchen mit niedrigerem Sozialstatus bei 60 %.

Die in diesem Zusammenhang getroffenen Selektionen präjudizieren nun mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Selektionen, z.B. beim Übergang zur Sekundarstufe II. Hauptverantwortlich für diese Selektionen ist die Neigung der verantwortlichen Akteure zur „(Wieder)- Herstellung leistungshomogener Lerngruppen“. Die AutorInnen sehen dagegen in kooperativ-integrierenden, mehr Heterogenität zulassenden Schulformen wie sie etwa im Kanton Zürich existieren, einen Weg in die richtige Richtung.

Bildungsstandards und Harmos

Bei der Identifizierung der Probleme des Schweizerischen Schulsystems herrscht eine gewisse Einigkeit: Zu späte Einschulung der Kinder, geringe Integration von Kindern aus bildungsfernen Schichten und aus Migrationsfamilien, hohe interkantonale Unterschiede, zunehmende Entwertung des Volksschulabschluss durch sogenannte Basis-Checks seitens der ausbildenden Betriebe. Doch welche Konzepte werden dagegen entwickelt?

In einem Projekt der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz EDK – Interkantonale Vereinbarung zur Harmon-

isierung der obligatorischen Schule (**HarmoS**) - für ausgewählte Fachbereiche – Erstsprache, Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften – zur Zeit Mindestkompetenzen entwickelt, welche schweizweit nach dem 2., 6. und 9. Schuljahr gegeben sein sollen. Die Entwicklung dieser Standards soll bis zum Jahr 2007 abgeschlossen und die Standards ab Schuljahr 08/ 09 in allen Kantonen eingeführt werden. Ziel des Projekts ist es, die Qualität und Durchlässigkeit in der obligatorischen Schule (Volksschule) zu erhöhen.

Christine Flitner vom vpod steht dem Projekt des Bildungsstandards eher skeptisch gegenüber. Bei näherem Betrachten erweise sich das „**Zaubermittel Bildungsstandard?**“ als ein Werkzeug, dass weniger Mindeststandards, sondern vielmehr Regelstandards erzeugt.

Generell steht der vpod Standards und Tests skeptisch gegenüber und fordert in einer Vernehmlassung zu Harmos: „Individuelle Leistungstests dürfen nur zur Qualitätssicherung des Schulsystems, der Schule und der Lerninhalte verwendet werden, jedoch explizit nicht für das Übertrittsverfahren.“

2.2 Berufs- und Weiterbildung

Mit der Inkraftsetzung des **neuen Berufsbildungsgesetzes (nBBG)** 2004 sind einige Neuerungen erfolgt. Der Bund regelt neu sämtliche Berufsbildungsgänge, auch diejenigen im Gesundheitswesen, im Sozialbereich und im Kulturbereich. Die Ausbildungen müssen alle in ein einheitliches Schema einzuordnen sein. Die Berufsbildungen der Sekundarstufe II umfassen die Berufslehren und die Attestausbildungen, die Tertiärstufe die Berufsprüfungen, die höheren Fachprüfungen und die höhere Fachschule (HF). Fachhochschulen und Universitäten sind in eigenen Gesetzen geregelt. Alle Ausbildungsgänge müssen den Anschluss an eine weiterführende Berufsausbildung ermöglichen. Das nBBG führt das Konzept der Organisationen der Arbeitswelt (OdA) ein. Damit sind Zusammenschlüsse der relevanten Organisationen einer Branche gemeint, die im Verbund die Ausgestaltung der Berufsbildung massgeblich mitprägen sollen. Idealtypisch umfasst eine OdA Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie Vertreter der



http://www.edk.ch/d/EDK/Geschaeftes/framesets/mainHarmoS_d.html



<http://www.vpod.ch/bildung.ch/pdf/bildungsstandards.pdf>



http://www.vpod.ch/bildung.ch/pdf/harmos_vernehm.pdf



Übersichtschema über die Berufsbildung:
http://www.oda.san-te.ch/de/02_berufliche-grundbildung/pdf/Bildungssystematik_Grundbildung_deutsch.pdf

öffentlichen Hand. Im Gesundheitsbereich und im Sozialbereich haben sich auf nationaler Ebene solch idealtypische Oda gebildet. Auf kantonaler Ebene versuchen verschiedener Orts die Arbeitgeber unter sich bleiben zu können. Der Trend geht jedoch auch hier in Richtung paritätischer Zusammensetzung. Besonders im Gesundheitsbereich kommt es durch diese Neuerungen zu einer eigentlichen Umwälzung der Berufslandschaft. Dabei spielen die neu geschaffene Lehre der Fachangestellten Gesundheit FaGe und die noch zu definierende Attestausbildung eine zentrale Rolle.

Die **Gewerkschaft vpod** fordert angesichts der trotz allgemeinem Wirtschaftsboom anhaltenden Jugendarbeitslosigkeit verstärkte Anstrengungen von Bund, Kantonen und Betrieben und lancierte seine Kampagne „Berufschancen für alle“. Ein Schwerpunkt darin ist die Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

"Sowohl die Wirtschaft als auch die Politik ist gefordert, wenn alle Schulabgänger/innen eine berufliche und damit eine sinnvolle Lebensperspektive erhalten sollen." Der Text **Für ein Recht auf Bildung für alle – gegen die Jugendarbeitslosigkeit** von **Peter Sigerist** in der Jubiläumsschrift des Magazins „Bildungspolitik“ legt den Fokus auf den Übergang der Jugendlichen von der Volksschule in die berufliche Grundbildung auf der Sekundarstufe II.

Mit der Globalisierung gegen den Globalismus. Die Zukunft der Berufsbildung unter den Bedingungen der Globalisierung. Beitrag von **Peter Sigerist** in Jahrbuch der Berufsfachschule Wädenswil 2007. Eine dieser Fördermassnahmen besteht in der Schaffung des **«Netzwerk Berufsbildung der Arbeitnehmenden»**, das von den Gewerkschaftsdachverbänden Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) und Travail.Suisse getragen und vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) unterstützt wird.

Eine Kritik der SVP Bildungs- und Berufsbildungspolitik liefert der Buchbeitrag von **Peter Siegrist: Anschluss statt Ausschluss für alle Jugendlichen.** Die Self-Fulfilling Prophecy in der SVP-Bildungspolitik.

Überlegungen für eine Kultur selbstbestimmter Weiterbildung für alle Erwerbstätigen durch eine für alle innovative Arbeitsmarktpolitik liefert der Artikel von **Beat Ringger** „Anschluss für alle sichern“ im neuen Denknetz Jahrbuch 2007.

2.3 Tertiärbildung/ Forschung

Im hochschulpolitischen Positionspapier: Für mehr Qualität, Chancengleichheit und Effektivität fordert die **SP Schweiz** eine Modernisierung der Hochschulpolitik und eine Gesamtschau anstatt mehr Föderalismus.

Gestützt auf den im Mai 2006 per Abstimmung eingerichteten Bildungsverfassungsartikel wird derzeit ein neues Hochschulrahmengesetz in der Vernehmlassung diskutiert.

Bundesrat und Parlament forcieren zudem eine gross angelegte Forschungs offensive unter dem Label **Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI)** in den Jahren 2008 – 2011. Es geht dabei um die Gesamtsumme von über 21 Milliarden Franken. Hauptziel ist die „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums“ der Schweizer Wirtschaft.

Allgemeine Überlegungen zu „Perspektive, Sinnhaftigkeit und Form einer Organisation linker Hochschulpolitik“ liefert der Vortrag von **Thorsten Bultmann: No Way Left? - Kritik - Analysen - Perspektiven linker Hochschulpolitik**

2.4 Illetrismus (Leseschwäche)

Am 23. Oktober 2007 fand in Bern die dritte Schweizerische Illetrismus-Tagung statt. Fachleute aus der Bildungsforschung, aus Schulen und Bibliotheken, der Erwachsenenbildung, der zuständigen Stellen in Bund und Kantonen sowie aus Wirtschaft und Politik diskutierten Forschungsergebnisse sowie konkrete Projekte. Auf der Website des entstehenden **Netzwerks Illetrismus** sind die Vorträge und Exposés verfügbar.

Bereits im April verfassten **Jürg Guggisberg, Patrick Detzel, Heidi Stutz** vom Büro BASS im Auftrag des Bundesamtes für Statistik (BFS) eine Studie zu den volkswirtschaftlichen Kosten des Illetrismus



http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=150&design=1&lang=de



http://www.spps.ch/fileadmin/downloads/Pospap/d/2005-09-17_pospap_hochschulpolitik_d.pdf



http://www.sbf.admin.ch/html/hemen/uni/hls_de.html



<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/1223.pdf>



<http://www.bdwi.de/suchen/693720.html?searchshow=bultmann>



http://www.leseniireleggere.ch/Tagung_2007_Dokumentation.cfm



www.buerobas.ch/pdf/2007/illeschwaeche_bericht_d.pdf



www.vpod-bildung.ch/pdf/berufschancen.pdf



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Sigerist.pdf



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Globalisierung-Sigerist.pdf



www.bildungsgewerkschaften.ch



Grass; Krebs; Lautenschlager; Stohler (2007) (Hg.): Fahrplanwechsel: Für mehr Demokratie und Solidarität und weniger Blocher, St. Ursanne

in der Schweiz. Es handelt sich dabei um die Auswertung der Daten des Adult Literacy & Life Skills Survey (ALL). Im Ergebnis wird von ca. 600 000 leseschwachen Erwerbstätigen gesprochen. Diese verfügen über eindeutig niedrigere Arbeitseinkommen und sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Problematisch ist die Studie aber immer dann wenn die volkswirtschaftlichen Kosten des Illiterismus beziffert werden sollen. So werden etwa für eine Gruppe von 24 000 leseschwachen Arbeitslosen einfach alle Kosten, die bei einer Beendigung der Arbeitslosigkeit eingespart werden könnten sowie die zusätzlichen Steuereinnahmen aus den neuen Arbeitseinkommen eingerechnet. Es handelt sich hierbei jedoch um eine fiktive Rechnung, da sie ja voraussetzt, dass diese Jobs überhaupt zur Verfügung stehen.

3. Bildungsgerechtigkeit und schulische Selektion

Eva Hug von der Pädagogischen Hochschule Zürich beleuchtet in der Zeitschrift **Widerspruch 52/07** „die Entstehung von Bildungsgerechtigkeit und die Reproduktion sozialer Ungleichheit in schulinternen Prozessen“. Sie stützt sich dabei zunächst auf die Definition von Bildungsgerechtigkeit, die „den Menschen *entsprechend ihren Voraussetzungen* gleiche Chancen beim Zugang zu den verschiedenen Stationen des Bildungssystems“ garantiert“. Genau dies sei aber gemäss dem Stand der Bildungsforschung auch in der Schweiz nicht gegeben: „Nur eine Minderheit der Kinder mit vergleichbarer Intelligenz und Leistung werden in der Schweiz in ähnlichen Bildungsgängen geschult.“ Hug referiert nun bestehende Erklärungsansätze wie etwa das Konzept der „institutionellen Diskriminierung“. Entscheidend sind hierbei nicht diskriminierende Einstellungen der LehrerInnen, sondern planerische Kalküle, Quoten und letztlich das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, das je nach dem eine bestimmte Leistung anders bewertet. In der Schweiz habe sich zudem neben den Regelklassensystem ein Parallelsystem mit Sonderklassen und heilpädagogischen Förderungen entwickelt, welches für viele Lehrpersonen ein Angebot der Entlastung darstelle. Hug ist nun davon überzeugt dass gerade auch das soziale Handeln der Akteure weitere Erkenntnisse liefern kann.

Die Theorie der sozialen Praktiken gehe

Davon aus, dass das Handeln nicht einfach nur Ausdruck institutioneller Vorgaben sowie des Denkens der Akteure ist, sondern das Denken selbst wiederum beeinflusst. Als Beispiel hierfür sei auf ein Ergebnis einer Studie hingewiesen, die sie an Schulen in Zürich und Schaffhausen durchgeführt hat. Ein Lehrer hatte im Interview eingeräumt, dass bei seinen Zuweisungsentscheidungen weniger die offiziellen Rückmeldungen von Schulleitungen, Behörden und Eltern entscheidend sein, sondern die erwartbare Wertschätzung seitens der KollegInnen im Schulhaus: „Ich weiss, dass ich richtig zugeteilt habe, wenn die Feedbacks auf der Oberstufe für mich stimmen. Mussten sie viele Umstufungen vornehmen oder verheben die Entscheide“. Mit diesem Beispiel zeigt Hug anschaulich, dass die Akteure „aufgrund von Kriterien entscheiden, die von ihnen in alltäglichen Praktiken hergestellt werden“. Wieso Hug hieraus nun quasi im Umkehrschluss folgert, die Akteure handelten nicht auch nach „Kriterien, die von der Institution vorgegeben sind“ bleibt ihr Rätsel.

„Die systematische Zufälligkeit des Bildungserfolgs“ so der Titel eines Buches von Prof. **Winfried Kronig** von der Uni Freiburg. Ein Schwerpunkt seiner Forschung bilden die schulischen Selektionsmechanismen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Obgleich Kronig der Politik und den Bildungsinstitutionen ein entsprechendes Problembewusstsein attestiert, sieht er erhebliche Defizite in einer nichtdiskriminierenden Praxis. Im Fokus seiner Kritik steht die nach wie vor gängige Praxis, vermeintlich Lernschwächere in Sonderklassen zu überweisen und so zu fördern. Im Vortrag „Immigrantenkinder und schulische Selektion“ plädiert er für integrierende Schulformen.

Winfried Kronig (2007): Die systematische Zufälligkeit des Bildungserfolgs. Theoretische Erklärungen und empirische Untersuchungen zur Lernentwicklung und zur Leistungsbewertung in unterschiedlichen Schulklassen, Bern.

Eine internationale Vergleichsstudie aus dem Jahre 2005 von **Gabriela Schütz und Ludger Wößmann** kommt zu dem Schluss, dass ein umfassendes System der frühkindlichen Bildung und eine spätere schulische Selektion der Schüler die Ungleichheit der Bildungschancen verringern.

Zur Frage der Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungswesen liefern **Ruth**



www.widerspruch.ch.ch



http://pages.unibas.ch/kongress-erzwiss/doku/Vortrag_Kronig_Auszug.pdf



http://www.vwi.uni-be.ch/unibe/wis/o/vwi/content/e2071/e2251/e3751/e12363/dati/Woessmann.Chancengleichheit_1_%5B1%5D_ger.pdf



www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=69&de-sign=1&lang=de



http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Resolutionen/2007/070324_Wir_leben_Zukunft_DV_d.pdf

Gurny und **Rolf Nef** ebenfalls einige theoretische Überlegungen und empirische Befunde im Beitrag „Wie weit fallen die Äpfel vom Stamm“ in Denknetz Jahrbuch 2006.

Zum Thema Chancengleichheit vgl. auch die Resolution der Delegiertenversammlung der SP in Locarno vom 24. März 2007: **Wir leben Zukunft - Chancengleichheit für alle.**

3.1 Schützt Aufwärtsqualifizierung vor Ausschluss?

Es gilt als eine unumstössliche, statistisch hinlänglich belegte Einsicht, dass gute Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit oder schlechten Jobs bieten. Anhand einer Analyse des Konzepts des „lebenslangen Lernens“, dessen Befolgung heute als Lebensversicherung gegen soziale Abstiegsprozesse angepriesen wird, relativiert **Ines Langemeyer** in der Zeitschrift **Widerspruch 52/07** dieses Credo. Ausgehend von jüngeren Phänomenen wie die gestiegene Akademikerarbeitslosigkeit in Deutschland – Stichwort: Generation Praktikum - zeigt sie wie unter bestimmten Voraussetzungen „lebenslanges Lernen“ selbst prekäre Lebenslagen verstetigen kann, etwa wenn Phasen der Weiterbildung zu Lücken in der sozialen Absicherung oder zur Verschuldung führen. Dass es keinen Automatismus im Sinne einer Gleichung: erwerbszentrierte Aufwärtsbildung = mehr Status, Einkommen und Sicherheit gibt ist eigentlich banal. Es ist keineswegs die Qualifikation als solche, die den Schutz garantiert, sondern die Existenz eines verfügbaren Arbeitsplatzes. Diese wiederum hängt nicht nur von der wirtschaftlichen Situation ab, sondern auch von einer günstigen Angebotssituation seitens der Arbeitskraftanbieter. D.h. die Chance mit einer bestimmten Qualifikation überhaupt zu punkten hängt zu grossen Teilen davon ab, dass möglichst wenig Mitbewerber mit der gleichen Qualifikation in den Markt eintreten. Damit wiederum ist angezeigt, dass es sich bei der Forderung nach mehr Bildung unter Marktbedingungen um ein gesellschaftliches Paradoxon handelt, welches die Bemühungen um eine Minderung sozialer Ungleichheit durch Bildung von vorneherein Grenzen auferlegt. Bildung ist eben nicht „das wichtigste Instrument, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen“, wie die Bildungsdirektorin des

Kanton Waadts in sp.links.ch vom 8.8.2007 schreibt.

In der Verdrängung dieses Paradoxons liegt jene ideologische Funktion des Bildungssystems begründet, die Bourdieu und Passeron in „Die Illusion der Chancengleichheit“ bereits 1971 skizzierten: „Das Bildungswesen muß [...] die Individuen erfolgreich davon überzeugen, dass sie ihr Schicksal, das durch die **soziale Notwendigkeit** längst über sie verhängt war, selbst gewählt oder verdient haben“.

Dieser **Sozialen Notwendigkeit** ist jedoch mit einer Kritik an den gängigen schulischen Selektionsmechanismen weder analytisch noch kritisch beizukommen. Diese Kritik kann zwar bewirken – und das wäre ja nicht wenig – dass in dem Leistungstest, den die Schule darstellt, jedem die gleiche Chance eingeräumt wird, zu den Gewinnern oder zu den Verlierern zu gehören. Doch den Zweck der Schule kann auch eine verwirklichte Chancengleichheit nicht aushebeln wie Prof. Freerk Huisken feststellt: „Alle werden in der Schule gleichermaßen über den Leisten des Lehrplans geschlagen, darüber vergleichbar gemacht, um Unterschiede festhalten zu können. Allerdings ist ein Ergebnis des Tests, nämlich die Sortierung nach geistiger Elite und der Masse, von vornherein sicher gestellt.“

4. Die Vermarktlichung des Wissens

Anfangs 2007 unterbreitete eine Studie von **Credit Suisse** der Öffentlichkeit „**Vorschläge für eine marktorientierte Tertiärbildung**“. Im Zentrum steht dabei die Forderung, „das Angebot an tertiär Ausgebildeten sollte möglichst nah an die Nachfrage der Unternehmen nach bestimmten Ausbildungen heranrücken.“ Weshalb dies bislang noch nicht in wünschenswerter Weise gegeben sei, erklärt die Studie damit dass sich „im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft in der staatlich finanzierten Lehre Angebot und Nachfrage nicht aufgrund eines Marktpreises“ ausgleichen, „da der Preis, den ein Student für einen Studiengang zu zahlen hat nicht den wahren Kosten des Ausbildungsgangs entspricht“.

Doch die geforderte Vermarktlichung der Hochschulen, welche die Studierenden besser auf die Erfordernisse des Arbeits-



Bourdieu, Pierre; Passeron, Jean-Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart.



<http://jungle-world.com/seite/n/2003/50/2230.php>



https://entry4.creditsuisse.ch/csfs/research/p/d/de/publikationen/media/pdf/070207_eco_44_forschung_d.pdf



In: Michael Gemperle, Peter Streckeisen (Hg.): Ein neues Zeitalter des Wissens?, Zürich.



Attac Schweiz (2005): Service Public. Perspektiven jenseits der Privatisierung, Rotpunktverlag Zürich.



<http://www.zeit.de/2007/05/Geisteswiss-Welzer>



http://www.streifzuege.org/texte_andere/str_autor_ribolits_arbeit_hoch_inhalt.html

marktes vorbereiten sollen, ist spätestens seit der sogenannten Bologna-Reform auch in der Schweiz in vollem Gange.

Zur „Ideologie der Praxis“ und ihren Folgen für die Aufrechterhaltung von Klassenstrukturen siehe **Michael Gemperle** (2007): Die Ideologie der Praxis – ein Instrument zur Privilegiensicherung in der „Wissensgesellschaft“.

So resümiert **attac Schweiz**, dass sich die Vergabepaxis von Fördergeldern des Schweizerischen Nationalfonds immer direkter an den Forschungsgebieten der LifeSciences-Industrie anlehne und die Zuschläge immer öfter daran gebunden werden ob die Antragsteller über private Geldgeber verfügen (Drittmittel).

Es wäre allerdings ein Missverständnis davon auszugehen, dass die immer stärkere Berücksichtigung der Naturwissenschaften generell zulasten der Geistes, Sozial- und Kulturwissenschaften gehe. In diesen Bereichen findet vielmehr ein Differenzierungsprozess statt. So boomen beispielsweise die Kulturwissenschaften gerade auch deshalb, weil sie die Voraussetzung einer boomenden, weil immense Wertschöpfung generierenden Kulturwirtschaft geworden ist, während die der Selbstaufklärung der Gesellschaft verpflichteten Wissenschaften sukzessive an Terrain verlieren.

Ganz allgemein zur Funktion bzw. Funktionalisierung von Bildung im Kapitalismus sei auf den Online Reprint: Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Postfordismus, des Wiener Bildungspädagogen **Erich Ribolits** hingewiesen. „Denn nicht ein Lernen, das Menschen selbstbewusst und mündig macht und ihnen hilft, gesellschaftliche Zustände zu durchschauen und im Sinne ihrer Interessen mitgestalten zu können, wird hier angesprochen, sondern die bewusste Anpassung an die durch den Bedarf der Profitökonomie vorgegebenen Qualifikationsanfordernisse“.

5. Zur politischen Ökonomie der Wissensgesellschaft

Die rasant wachsende Bedeutung der wissensintensiven Informationstechnologie für die kapitalistischen Wertschöpfungsprozesse und damit für die sozialen Verhältnisse überhaupt haben in den ver-

gangenen Jahren den Begriff der „Wissensgesellschaft“ salonfähig gemacht. Mit ihm soll die spezifische Dynamik eingefangen werden, die die heutige von früheren Formen der bürgerlichen Gesellschaft unterscheidet. Einer der bedeutendsten Theoretiker der Wissensgesellschaft, **Nico Stehr**, argumentiert, die bürgerliche Gesellschaft sei zuerst eine Eigentums-, dann eine Arbeitsgesellschaft gewesen, um uns schließlich heute als Wissensgesellschaft entgegenzutreten. „In der Industrieproduktion drückt sich die Entwicklung der modernen Wissensgesellschaft zum Beispiel darin aus, dass insbesondere in der auf Wissen basierenden Produktion ein hoher Anteil der Kosten auf die Kategorie ‚Wissen‘ entfällt“ (Stehr 2001, S.17).

Gegen diese These, die sich auf eine schwindende Bedeutung des Faktor Arbeit in den Wertschöpfungsprozessen stützt, wurde vielfach entgegnet, dass sie zum einen auf einer falschen Identifizierung von Arbeit mit manueller, handwerklicher und/oder industrieller Fertigung beruht (vgl. **Gemperle/ Streckeisen 2007**). Zum anderen habe u.a. bereits Marx auf die Bedeutung der Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses und damit der Arbeit selbst hingewiesen. Die Verwissenschaftlichung der Arbeitsprozesse mache Arbeit als basale Quelle der Wertschöpfung keinesfalls obsolet. Allerdings spitze die Bedeutungszunahme des „allgemeinen gesellschaftlichen Wissens“ – des „general intellects“ (**Marx 1953**) die inneren Widersprüche der kapitalistischen Reichtumsproduktion immer weiter zu. So spricht **Corsani** (2004) von einer „Krise des Wertgesetzes“ weil durch die Verwissenschaftlichung „die Arbeitszeit immer weniger das Maß des Wertes“ sein könne.

Basierend auf diesen theoretischen Überlegungen gibt es mittlerweile verschiedene Versuche, diese Krise in aktuellen gesellschaftlichen Konflikten zu lokalisieren. So weist **Holger Schatz** auf die Erosion des bürgerlichen Leistungsprinzips hin, das von individuell zurechenbaren Anteilen der Arbeitsleistung an Wertschöpfungsprozessen ausgeht. Theoretiker und Praktiker aus der freien Softwarebewegung wie **Stefan Meretz** (2007) sehen in der kollektiven Entwicklung und Verbreitung von digitalen Produkten die Möglichkeit eines Produktionsmodells jenseits der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse begründet. Sie deuten die Versuche, Wissen

zu patentieren oder die „kostenlose“ Vielfältigkeit etwa von digitalen Produkten zu behindern, als Scheingefechte zur Erhaltung einer überkommenen Gesellschaftsordnung.

Literatur zu diesen Diskussionen:

Nuss, Sabine (2006): Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus, Münster. Website mit Rezensionen: http://wbk.in-berlin.de/wp_nuss/dissertation

Stefan Meretz (2007): Der Kampf um die Warenform. Wie Knappheit bei Universalgütern hergestellt wird, in: Krisis 31.

Gorz, André (2004): Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich

Corsani, Antonella (2004): Wissen und Arbeit im kognitiven Kapitalismus. Die Sackgassen der politischen Ökonomie, in: Atzert, Tomas; Müller, Jost (Hg.): Immaterialle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire, Münster.

Marx, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), MEW 42, Berlin

Stehr, Nico (2001): *Wissen und Wirtschaften*: Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie, Frankfurt/M.

Gemperle, Michael; Streckeisen, Peter (2007): Einleitung zur Diskussion über die Wissensgesellschaft, in: Gemperle; Streckeisen (s.o.).

Schatz, Holger (2007): Die Krise des Eigentumsprinzips und die Versuche, ihrer Herr zu werden, in: Gemperle; Streckeisen (s.o.).

GEW, ver.di und dem StudentInnenrat der Uni Leipzig.

Seit über 25 Jahren erscheint fünfmal jährlich das unabhängige Magazin **Bildungspolitik** - mit Schwergewicht auf interkulturellen Themen, Migrationsfragen und Rassismus. Herausgeberin ist ein eigenständiger Trägerverein im Rahmen des vpod (Verband des Personals öffentlicher Dienste). Soeben ist die Jubiläumsausgabe Nr. 150 erschienen.

Auf der Suche nach dem richtigen Leben. Eine teilnehmende Beobachtung an einer deutschen Gesamtschule. Ausgehend von den auch in der Schweiz wahrgenommenen Gewaltexzesse in der Rütli Schule in Berlin formuliert Frank Winter allgemeine Überlegungen, die auch Schweizer Verhältnisse betreffen.

Für eine Sprachoffensive zur besseren Integration

Die Gewerkschaft Unia und die Stiftung ECAP fordern eine Sprachoffensive als Reaktion auf das neue Ausländergesetz (AuG), welches von den MigrantInnen bessere Sprachkenntnisse fordert ohne dass ein adäquates Konzept für Sprachförderung vorliegt. An einer Pressekonferenz am 30.11.2007 in Bern machten Vania Alleva, Guglielmo Bortolucci und Benno Locher konkrete Vorschläge. Downloads der Vorträge:



www.vpod-bildungspolitik.ch



http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=102&designe=1&lang=de



<http://www.unia.ch/Sprachforderung-und-Integrati.2571.0.html?&L=>



<http://www.balzi.x.de/sm%200705%20Kampf.html>



<http://www.bdwi.de/forum/archiv/themen/kons/97176.html>



http://www.bdwi.de/bdwi/termine/event_11413.html

6. Verschiedenes

Tagung "Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen" am 11./12. Januar 2008 in Leipzig. Veranstalter: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung, der